

Stellungnahme zum neuen Gewerbegebiet Lustheide BP Nr. 6540 und FNP Änderung 175/6540

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE./BfBB spricht sich gegen die Pläne eines neuen Gewerbegebiet (Siehe Flächennutzungsplan Änderung Nr. 175 / 6540 und Bebauungsplan Nr. 6540) aus. Die Fraktion und deren Vertreter in den zuständigen Gremien werden den Plan, im Wald neben dem Wohngebiet ein neues Gewerbegebiet einzurichten, in den Ausschüssen und im Stadtrat ablehnen.

Wir begrüßen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Lustheide und unterstützen tatkräftig deren Protest mit Nachdruck.

Unsere Kritikpunkte im Einzelnen:

Brauchen wir neue Gewerbeflächen?

Zur Zeit werden an einigen Stellen in der Stadt Gewerbeflächen neu entwickelt. Diese angebotensorientierte Politik und Wirtschaftsförderung nutzt nur den großen Unternehmen, während kleine Unternehmen davon nicht profitieren können. Die Stadtverwaltung erbringt nicht den Nachweis, dass diese neuen Gewerbeflächen wirklich nachgefragt werden. Stattdessen sollten die jetzt schon vorhandenen Gewerbeflächen besser vermarktet werden. Besonders das riskante Erschließungsprojekt in Obereschbach steht in direkter Konkurrenz zu den nun neu geplanten Flächen in Lustheide. Die Ergebnisse in Obereschbach sollte man abwarten, bevor man „auf Teufel komm raus“ neue Gewerbegebiete plant und erschließt. Die allgemeinen Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass Neuansiedlung von Gewerbe nicht unbedingt die Steuereinnahmen und damit die Haushaltssituation verbessert. Neue Gewerbegebiete und neue Unternehmen bringen auch neue Aufgaben und Anforderungen mit sich. Tatsächlich ist dies meist, wenn man alles zusammenrechnet, kein Gewinn für die Kommunen, und im besten Fall eine sogenannte „schwarze Null“.

Die Konkurrenzsituation bei den Gewerbeflächen wird zunehmen, denn auch andere umliegende Städte und Gemeinden setzen im Nothaushalt auf die Ausdehnung ihrer Gewerbeflächen. Dies wird nicht nur den Preis drücken, sondern auch zu Brachflächen führen. Am Ende kann ein Gewerbegebiet Lustheide mehr kosten als es einbringt.

Die Kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten Standort, günstige Gewerbeflächen und den niedrigsten Gewerbesteuersatz für die Ansiedlung von Investoren zielen. Vielmehr benötigen wir eine regionale Zusammenarbeit von Landkreisen und Kommunen für eine nachfrageorientierte Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen, für Kooperation und Zusammenarbeit über Städte- und Gemeindegrenzen hinweg.

Der Flächenmehrbedarf des dort ansässigen Unternehmens Gahrens+Battermann erscheint nicht plausibel, da dieses Unternehmen seit Jahren vor Ort bereits leere Gebäudeflächen vorhält.

Wohngebiete mit Lebensqualität

Die Stadtteile Refrath, Lustheide und Frankenforst zeichnen sich trotz der starken Belastung durch die Bundesautobahn A4, den beiden Durchgangsstraßen und Fluglärm besonders durch ihre hohe Wohnqualität aus. Ein weiterer Ausbau von Gewerbegebieten hat dort nichts zu suchen, denn es würde die Menschen in diesem Gebiet noch weiter und ungerechtfertigt stark belasten.

Es kann nicht sein, dass man gewachsene Wohngebiete nun plötzlich in Gewerbegebiete umwandeln will, nachdem man dort Wohngebiete erst vor wenigen Jahren errichtet hat. Die Entscheidung dort Gewerbe anzusiedeln hätte man spätestens vor 40 Jahren treffen müssen, doch die damaligen politischen Mehrheiten setzten, auf eine Entwicklung des Gewerbes in anderen Stadtteilen in der Mitte der Stadt Bergisch Gladbach. Nun ist der Zug abgefahren und die Wohnbebauung hat Fakten geschaffen, die man nicht umkehren kann. Die Bürgerinnen und Bürger dort haben einen Vertrauensschutz, nicht zuletzt auf Grund des noch heute geltenden Flächennutzungsplans.

Rahmenplanung und Freiflächenkonzept für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Der Plan eines neuen Gewerbegebiets widerspricht allen Planungen der Vergangenheit sowie neuen Konzepten. Das gesamte Waldstück entlang der Autobahn wurde im Landschaftsplan von 2008 als Pufferzone für das Siedlungsgebiet ausgewiesen wird. Das beschlossene „Freiflächenkonzept“ für Bergisch Gladbach weist „das Gebiet als ökologisch wichtige, grüne Pufferzone“ aus. Noch vor Jahren wurden die Anwohner und Eigentümer mit dem Argument gelockt, dass man dort im „Grünen“ Wohnen und bauen kann. Die Eigentümer, die zum Teil erst vor wenigen Jahren dort gebaut haben, werden nun vor andere Pläne gestellt. Dieses bedeuten eine Abkehr von den Zielen der Zukunftskonferenz ISEK 2030, welche mit aktiver Bürgerbeteiligung entwickelt wurden. Diese sollten als Eckpunkte für die weitere Entwicklung der Stadt dienen.

Die vorliegenden Pläne widersprechen den Zielen und Bedingungen des landesweiten Modellprojekts „Nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung in NRW“, dem sich die Stadt Bergisch Gladbach in 2010 angeschlossen hat. Dabei geht es nicht nur um ökologische Aspekte, sondern auch um die Bildung eines sozialen Konsenses in der Bürgerschaft. Beides wird hier auch nicht annähernd erreicht.

Naherholung für die Menschen

Der Grünstreifen neben der Autobahn wird von den Anwohnern des gesamten Stadtteils und der anliegenden Gewerbeunternehmen als Naherholungsgebiet für Spaziergänge und Naturerlebnis genutzt.

Umweltschutz für unsere Zukunft

Der Wald entlang der Autobahn zeichnet sich durch seine Diversivität aus. Die Bebauung würde einen Eingriff in das Wasserschutzgebiet Erker Mühle bedeuten. Die Zerstörung von Waldflächen mit dem gewachsenen Baumbestand im Landschaftsschutzgebiet, welche dicht am Naturschutzgebiet „Königsforst/ Wahner Heide“ liegen, ist nicht hinnehmbar.

Emissionsschutz schützt die Stadtteile

Der Wald dient sowohl als Schallschutz als auch als Feinstaubfilter für den gesamten Stadtteil Refrath. Eine neue Bebauung kann den jetzigen Lärmschutz durch den Wald nicht ersetzen. Es besteht sogar die Gefahr, dass sich durch die Bebauung die Lärm- und Staubemissionen weiter in den Stadtteil hinein verbreiten, verstärken und die Luftqualität beeinträchtigen. Durch ein neues Gewerbegebiet würden noch mehr Menschen noch mehr belastet werden als es für diesen Stadtteil schon heute der Fall ist.

Noch mehr Verkehrsbelastungen sind unangemessen

Durch zusätzliches Gewerbe wird das Verkehrsaufkommen dramatisch anwachsen. Insbesondere wird zusätzlicher Schwerlastverkehr die Anwohner der Straße Lustheide unangemessen benachteiligen. Bereits schon jetzt ist im Stadtteil eine Überlastung zu den Hauptverkehrszeiten zu beobachten.

Um das dortige Gewerbegebiet anzuschließen müsste ein Ausbau der Straße mit Abbiegespur und weiteren Verkehrsanlagen vorgenommen werden, der nicht in der jetzigen Planung und Kalkulation berücksichtigt ist.

Weitere Ausbau ist schon geplant

Die jetzt vorliegende Planung ist der Anfang von einem deutlich größeren Gewerbegebiet, welches das gesamte Waldgebiet entlang der A4 bis zum Neufeldweg umfasst. Nur so kann die vorliegende Planung interpretiert werden.

Die Vertreterinnen und Vertreter der BfBB - Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg und der Partei DIE LINKE. werden sich in den Ausschüssen und im Stadtrat gegen die weitere Planung des neuen Gewerbegebiets aussprechen und dort entsprechend abstimmen.

Bergisch Gladbach, 7.11.2011